



Kreis Rendsburg-Eckernförde
Der Landrat

Niederschrift

Sitzung des Kreistages Rendsburg-Eckernförde

Sitzungstermin: Montag, 18.03.2024

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 19:50 Uhr

Raum, Ort: Kreis Rendsburg-Eckernförde, Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg, Kreistagssitzungssaal

Vorsitz

Anwesend

Sabine Mues

Mitglieder

Anwesend

Torben Ackermann

Tim Albrecht

Christian Arp

Karola Blunck

Eike Fandrey

Hendrik Geilenkirchen

Martin Harders

Kerstin Hattendorf-Selchow

Thomas Kahle

bis 18.33 Uhr TOP 9.1

Ralf Kaufmann

Sophie Marxen

Hans Hinrich Neve

Beate Nielsen

Christian Schlömer

Felix Jacob Siegmon

Volker Stiefel

Peter Thordsen

bis 18.23 Uhr TOP 9

Konstantinos Wensierski

ab 17.20 Uhr TOP 2

Norbert Wilkens

Anke Götsch

Angelika Klingenberg
Helge Kohrt
Jens Kolls
Tatjana Larsen
Hans-Jörg Lüth
Maximilian Reimers
Michael Rohwer
Katja Seifert
Peter Skowron
Gerrit van den Toren
Dr. Ina Walenda
Selke Harten-Strehk
Klaus-Christian Kalkhoff
Nikolai Kamp
Sandra Leiendecker
Dr. Christine von Milczewski
Kirsten Zülsdorff
Godber-Paul Andresen
Rainer Bosse
Chantal Angelika Jehle
Sascha Nehmert
Sonja Schaedla
Dr. Michael Schunck
Fabian Buhk
Sven-Michael Chilla
Kevin Dorow
Dr. Jens Görtzen
Tina Schuster
Frank Dreves
Dr. Andreas Höpken
Holger Thiesen

bis 18.45 Uhr TOP 9.1

Abwesend

Holger Gränert	entschuldigt
Tom Matzen	entschuldigt
Stefan Zeitvogel	entschuldigt
Sebastian Heck	entschuldigt
Dr. Johann Brunkhorst	entschuldigt
Torge Klein	entschuldigt
Lukas Strathmann	entschuldigt
Monika Wegener	entschuldigt
Thorsten Uhrbrock	entschuldigt
Lasse Barber	entschuldigt
Henry Petteri Deising	entschuldigt

Simon Ungefug

entschuldigt

Verwaltung

Anwesend

Dr. Rolf-Oliver Schwemer

Nina Fiedler

Flemming Caruso-Mohr

Prof. Dr. Stephan Ott

Carsten Ludwig

Christina Mönke

Madlin Loof

Marco Röschmann

Dagmar Kistner

Petra Dittmer

Christiane Ostermeyer

Malthe Riksted

Dennys Bornhöft

Lina Nissen

Gäste

Anwesend

Hans Wartner

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung
2. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
3. Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages
4. Niederschrift über die Sitzung vom 22.01.2024
5. Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien
 - 5.1. Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts (ZSR AöR):
Benennung eines Vertreters für den Verwaltungsrat der ZSR AöR VO/2024/050
 - 5.2. Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien -
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen VO/2024/102
 - 5.3. Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien -
Antrag der Fraktion FDP VO/2024/105-01
 - 5.4. Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien -
Antrag der Fraktion CDU VO/2024/106
 - 5.5. Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien -
Antrag der SSW-Fraktion VO/2024/107
6. Wahl von Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von Fachausschüssen
 - 6.1. Antrag der AfD-Fraktion auf Wahl von
Ausschussvorsitzenden bzw. stellv.
Ausschussvorsitzenden VO/2023/375
 - 6.1.1. Wahl einer oder eines Vorsitzenden des Ausschusses für
Schule, Sport, Kultur und Bildung
 - 6.1.2. Wahl einer oder eines stellvertretenden Vorsitzenden für
den Jugendhilfeausschuss
7. Kreissenorenbeirat
 - 7.1. Wahl neuer Mitglieder für den Kreissenorenbeirat VO/2024/044
 - 7.2. Jahresbericht Kreissenorenbeirat 2023 VO/2024/053

- | | | |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|
| 8. | Bericht der Verwaltung | |
| 9. | Einrichtung von Beratungsstellen | |
| 9.1. | Antrag der AfD Fraktion - Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschäden | VO/2024/098 |
| 10. | Schaffung von Arbeitsgelegenheiten | |
| 10.1. | Antrag der AfD Fraktion - Schaffung von Arbeitsgelegenheiten | VO/2024/099 |
| 11. | Neufassung der Hauptsatzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde | VO/2024/004-01 |
| 12. | Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheitswesen 2024 | VO/2024/067 |
| 13. | Neufassung der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Qualitätsentwicklung an Familienzentren innerhalb des Kreisgebietes | VO/2024/018 |
| 14. | Neufassung der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung der Durchführung von Jugendforen und Zukunftswerkstätten durch Gemeinden und Städte im Kreisgebiet | VO/2024/032-01 |
| 15. | Kindertagesstättenbedarfsplan des Kreises Rendsburg-Eckernförde | VO/2024/025 |
| 16. | Förderrichtlinie zum Programm „Integriertes Konzept Schulsozialarbeit“ im Kreis Rendsburg- Eckernförde im Jahr 2024 | VO/2024/036 |
| 17. | Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus in 2024 | VO/2024/065-01 |
| 18. | Förderung von Digitalen Fahrgastinformations-Anzeigern (DFI): Förderrichtlinie | VO/2024/069 |
| . | Beschluss über Nichtöffentlichkeit | |

Die folgenden Tagesordnungspunkte werden voraussichtlich nicht öffentlich beraten:

- 19. Beteiligungsverwaltung
- 19.1. HanseWerk

19.1. HanseWerk AG:

VO/2024/063

1. Aktualisierung des Beteiligungsangebotes an der Schleswig-Holstein Netz AG

Protokoll

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung, Begrüßung und Festlegung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, Sabine Mues, eröffnet die Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden im Raum und beim Streaming.

Bild- und Tonaufnahmen werden im Internet übertragen. Die Öffentlichkeit ist sichergestellt durch das Streaming im Internet, die Übertragung durch den Offenen Kanal Kiel und die Möglichkeit der Teilnahme vor Ort.

Die Einladung mit der Tagesordnung wurde am 04.03.2024 fristgerecht versandt.

Einwendungen gegen Form und Frist der Ladung werden nicht erhoben. Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Burmeister aus Schacht-Audorf fragt, warum es die Einwohnerfragestunde nur am Anfang einer Sitzung gebe? Sie würde auch gerne am Ende einer Sitzung Verständnisfragen stellen können. Des Weiteren möchte sie gerne wissen, warum das Familienzentrum in Schacht-Audorf aus personellen und finanziellen Gründen geschlossen hätte, wo doch der Kreis in seiner Sitzung am 18.12.2023 die Förderung verdreifacht habe.

Die Frage zum Familienzentrum Schacht-Audorf beantwortet der Fachbereichsleiter Flemming Caruso-Mohr dahingehend, dass sich das Land deutlich aus der Finanzierung der Familienzentren zurückgezogen habe und die beschlossenen Fördergelder des Kreises erst mit der heute zu verabschiedenden Richtlinie zur Qualitätsentwicklung in Familienzentren abgerufen werden können. So könne es die Möglichkeit geben, das Familienzentrum weiter zu führen. Grundsätzlich sei das aber eine Entscheidung des Trägers bzw. der Standortgemeinde.

Landrat Dr. Schwemer erläutert zur Frage nach der Einwohnerfragestunde, dass in der Geschäftsordnung des Kreistages geregelt sei, dass die Fragestunde für Fragen und Anregungen zu Beginn einer Sitzung auf der Tagesordnung stehe. Davon unbenommen gebe es für Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit, zu Beginn eines Tagesordnungspunktes Fragen zu dem Tagesordnungspunkt zu stellen.

Herr Manfred Renz fragt, wann mit der Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfschäden zu rechnen sei?

Der Fachbereichsleiter Prof. Dr. Stephan Ott erläutert, dass es gesetzliche Meldewege gebe. Impfschäden können beim zuständigen Landesamt gemel-

det werden, Anträge können mit Hilfe vom Hausarzt ausgefüllt werden, ggf. wird eine amtsärztliche Untersuchung veranlasst. Im weiteren Verlauf wird geprüft, ob es einen Zusammenhang zwischen Impfung und der Beeinträchtigung gibt. Sollte dies festgestellt werden, würde es dann möglicherweise eine Entschädigung vom Land geben. Um die persönliche Krankengeschichte zu besprechen, bietet Prof. Ott ein Vier-Augen-Gespräch nach Terminvereinbarung an.

Frau Tanja Heinz aus Rendsburg fragt ergänzend zu den Ausführungen von Herrn Renz, ob es einen bestimmten Arzt in Rendsburg gebe, der Impfschäden ernst nehme. Ab wann man mit der Einrichtung einer Beratungsstelle für Impfgeschädigte rechnen könne und wer dafür zuständig sei?

Frau Heinz wird gebeten, einen persönlichen Termin im Gesundheitsamt mit Prof. Ott oder dem Leiter des Gesundheitsamtes, Herrn Börnhöft, zu vereinbaren um den persönlichen Sachverhalt zu klären.

Herr Arne Grüneberg aus Rendsburg fragt, warum er keine Informationen mehr zur wirtschaftlichen Lage des Rendsburg Port erhalte. Er habe verschiedentlich versucht den Geschäftsführer zu erreichen, habe aber nie eine Rückmeldung bekommen.

Landrat Dr. Schwemer bittet Herrn Grüneberg um eine Mail mit den Fragen an landrat@kreis-rd.de und sichert zu, dass die Fragen dann beantwortet werden würden.

Herr Grüneberg fragt, welche Belastungen auf den Kreis und die Städte zukommen, wenn ab 2026 ein Rechtsanspruch auf Betreuung in offenen Ganztagschulen, und in welchem Umfang der Kreis unterstützt? Und wie das mit den Landesmitteln sei.

Landrat Dr. Schwemer berichtet, dass die Einrichtung der offenen Ganztagschule auf Bundesebene im SGB für Mitte 2026 festgeschrieben sei. Die landesgesetzliche Umsetzung hierzu stehe noch aus, ebenso wie die Zuweisung der Aufgaben an eine zuständige Verwaltungsebene. In dem Zuge wäre dann auch die Konnexität zu klären. Vor diesem Hintergrund könne die Frage zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantwortet werden.

Herr Dr. Höpken fragt nach der Zahl der Corona-Impfungen, die in den Impfstraßen des Kreises verabreicht worden seien.

Landrat Dr. Schwemer erläutert, dass etwa 11.000 Booster-Impfungen beim sogenannten Impf-Marathon erfolgt seien. Prof. Dr. Ott ergänzt, dass in den Impfzentren ungefähr 120.000 Impfungen erfolgt seien.

zu 3 Anfragen nach § 26 Geschäftsordnung des Kreistages

Es liegen keine Anfragen vor.

zu 4 Niederschrift über die Sitzung vom 22.01.2024

Es liegen keine schriftlichen oder mündlichen Anmerkungen vor. Damit gilt die Niederschrift als gebilligt.

zu 5 Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien

zu 5.1 Zentrale Stelle Rettungsdienst Anstalt öffentlichen Rechts (ZSR AÖR):

VO/2024/050

Benennung eines Vertreters für den Verwaltungsrat der ZSR AÖR

Beschluss:

Der Kreistag benennt Herrn Andreas Bornholdt als Vertreter von Frau Barbara Rennekamp für den Verwaltungsrat der ZSR AÖR.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
52	0	0

zu 5.2 Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien - Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

VO/2024/102

Beschluss:

Der Kreistag beschließt folgende Umbesetzungen:

- für den Sozial- und Gesundheitsausschuss:
Dirk Behrens ist nicht mehr Mitglied
Lasse Zapf wird neues Mitglied (bisher stellv. Mitglied)
Monika Wegener wird stellv. Mitglied
- für den Umwelt- und Bauausschuss:
Cornelia Strufe ist nicht mehr stellv. Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
52	0	0

**zu 5.3 Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien
- Antrag der Fraktion FDP**

VO/2024/105-01

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

Regionalentwicklungsausschuss

Pascal Buntrock-Westphal ist nicht mehr 1. stellvertretendes Ausschussmitglied

Rainer Böttcher ist nunmehr 1. stellvertr. Ausschussmitglied.

Umwelt- und Bauausschuss

Rainer Böttcher ist nicht mehr 2. stellvertretendes Ausschussmitglied

Reinhard Jentzsch ist nunmehr 2. stellvertr. Ausschussmitglied.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
49	3	0

**zu 5.4 Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien
- Antrag der Fraktion CDU**

VO/2024/106

Beschluss:

Der Kreistag beschließt:

Eva Lontke wird stellvertretendes bürgerliches Mitglied im Umwelt- und Bauausschuss und ersetzt Oliver Rumpf.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
52	0	0

**zu 5.5 Umbesetzung von Ausschüssen und anderen Gremien
- Antrag der SSW-Fraktion**

VO/2024/107

Beschluss:

Der Kreistag beschließt

im Umwelt- und Bauausschuss

Herr Lars Wiese ist nicht mehr stellvertretendes bürgerliches Mitglied.

Herr Sascha Nehmert wird 1. stellvertretendes Mitglied.
 Herr Dr. Michael Schunck wird 2. stellvertretendes Mitglied.
 im Ausschuss für Schule, Sport, Kultur und Bildung
 Herr Max Lüdtker ist nicht mehr bürgerliches Mitglied.
 Frau Sylvia Grabowski-Fillmer wird bürgerliches Mitglied.
 Herr Bernd Lüdtker wird 2. stellvertretendes bürgerliches Mitglied.
 im Jugendhilfeausschuss
 Herr Thorsten Bastian ist nicht mehr stellvertretendes bürgerliches Mitglied.
 Herr Bernd Lüdtker wird 2. stellvertretendes bürgerliches Mitglied.
 im Beirat des BBZ am NOK
 Frau Katrin Ravens ist nicht mehr bürgerliches Mitglied.
 Frau Nele-Meritt Raetsch wird bürgerliches Mitglied.
 im Hauptausschuss
 Herr Rainer Bosse wird 2. stellvertretendes Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
52	0	0

zu 6 Wahl von Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden von Fachausschüssen

zu 6.1 Antrag der AfD-Fraktion auf Wahl von Ausschussvorsitzenden bzw. stellv. Ausschussvorsitzenden

VO/2023/375

Es gibt keinen Widerspruch gegen eine en bloc Wahl.
 Es wird geheime Wahl zu TOP 6.1.1 und 6.1.2 beantragt.

Der Kreistag bestimmt nach § 17 (4) der Geschäftsordnung des Kreistages einen Wahlausschuss bestehend aus drei vom Kreistag gewählten Kreistagsabgeordneten und einer oder einem von der Kreispräsidentin bestellten Schriftführerin oder Schriftführer.

Die Kreispräsidentin bestimmt Christiane Ostermeyer zur Schriftführerin. Der Kreistag wählt Martin Harders, Tatjana Larsen und Dr. Michael Schunck in den Wahlausschuss.

**zu Wahl einer oder eines Vorsitzenden des Ausschusses
 6.1.1 für Schule, Sport, Kultur und Bildung**

Die Kreistagsabgeordneten stimmen per Stimmzettel ab. Abgegebene Stimmen 52, ungültig keine, gültige Stimmen 52.

Beschluss:

Der Kreistag wählt Herrn Fabian Buhk zum Vorsitzenden für den Ausschuss Schule, Sport, Kultur und Bildung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	45	0

**zu Wahl einer oder eines stellvertretenden Vorsitzenden
6.1.2 für den Jugendhilfeausschuss**

Die Kreistagsabgeordneten stimmen per Stimmzettel ab. Abgegebene Stimmen 52, ungültig keine, gültige Stimmen 52.

Beschluss:

Der Kreistag wählt Herrn Kevin Dorow zum stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	45	0

zu 7 Kreissenorenbeirat

zu 7.1 Wahl neuer Mitglieder für den Kreissenorenbeirat

VO/2024/044

Beschluss:

Auf Empfehlung des Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt der Kreistag, für die Dauer der restlichen Wahlzeit des Kreistages aus dem Seniorenbeirat Osterrönfeld als ordentliches Mitglied Herrn Bernd Ramm und als stellvertretendes Mitglied Frau Angelika Pascheberg in den Kreissenorenbeirat zu wählen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
52	0	0

zu 7.2 Jahresbericht Kreissenorenbeirat 2023

VO/2024/053

Die Mitteilungsvorlage mit dem Jahresbericht 2023 des Kreissenorenbeirates wird

zur Kenntnis genommen.

zu 8 Bericht der Verwaltung

Landrat Dr. Schwemer berichtet zu den nachfolgenden Themen.

- **Einbürgerungen**

Der Einbürgerungsbericht des Landes liege vor und das Ergebnis sei für den Kreis mit einer Quote von 15% bezogen auf das Jahr 2022 sehr erfreulich. Der Landesdurchschnitt liege bei 4,5%. Der Kreis habe mit Abstand die meisten Einbürgerungen vorgenommen. Der Bericht wird den Kreistagsabgeordneten zur Verfügung gestellt.

- **Waffenkontrollen**

Im Jahr 2018 wurde dem Kreis in einem Landesbericht bescheinigt, dass anlasslose Waffenkontrollen nur sehr spärlich vorgenommen worden seien, seitdem habe sich viel getan. Rund 4.300 Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzer seien im Kreis gemeldet und es seien 3.925 Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt worden. Im vergangenen Jahr seien 925 Kontrollen durchgeführt worden, das sei fast ein Viertel der Waffenbesitzerinnen und Waffenbesitzer. Das Land gebe eine Kontrollquote von 10 % vor.

- **Schlachthöfe**

Das Pilotprojekt zu den Videoaufzeichnungen in den Schlachthöfen laufe Ende März 2024 aus. Es habe ein Gespräch mit den Schlachthofbetreibern gegeben und es sei Konsens gewesen, dass die Aufzeichnungen sehr hilfreich seien. Die Schlachtbetriebe würden die Aufzeichnungen für interne Qualitätskontrollen nutzen. Der Kreis nutze die Aufzeichnung zusätzlich zu den Vor-Ort-Kontrollen. Man sei übereingekommen, das Projekt um ein weiteres Jahr zu verlängern.

- **Projekt Flagge zeigen für Demokratie**

Die Kreisverwaltung habe sich Gedanken gemacht, wie mit dem Thema umgegangen werden könne. Federführend hätten die Auszubildenden das Projekt für die Verwaltung vorgedacht, in welcher Form man als Verwaltung Flagge zeigen könnte für Demokratie, gegen Ausgrenzung und gegen jede Form der Diskriminierung. Drei Nachwuchskräfte hätten sich dem angenommen. Die Auszubildende Lina Nissen präsentiert das Projekt Flagge zeigen für Demokratie.

- **Dienstversammlung Damp**

An der Dienstversammlung nehmen traditionell Amtsvorsteher und -vorseherinnen, Amtsdirektoren, leitende Verwaltungsbeamte, Bürgermeister und Bürgermeisterinnen der Städte und amtsfreien Gemeinden, die Fachbereichsleitungen und die Kreispräsidentin teil. Sie findet an 2 Tagen in Damp statt. In diesem Jahr wurden verschiedene Themen intensiver an sogenannten Marktständen betrachtet. Diese waren in der Regel von Mitarbeitenden des Kreises und Repräsentanten aus der kommunalen Familie besetzt. Themen der Marktstände waren unter anderem:

- o Katastrophenschutz im Kreis
- o Digitalisierung, Social Media

- o ÖPNV
 - o Klimaschutzagentur mit Fokus auf das Wärmeplanungsgesetz
 - o Personalmanagement und interkommunale Kooperation
 - o digitale Sozialstaffel plus
- **Haushaltsangelegenheiten**
Die Wachstumsprognosen des Bundes und das geschätzte Potentialwachstum lägen bei 0,2 bzw. 0,5%. Bei einer Inflation von 3% sei mit einer Lücke von 2,5% zu rechnen. Die Preiserhöhungen werden sich in allen Bereichen der Verwaltung bemerkbar machen. Die kommenden Jahre werden sehr fordernd werden.
Der eigentlich angedachte Termin im September für das Konsultationsverfahren solle nun auf die erste Junihälfte vorverlegt werden.
Für die Junisitzung des Kreistages werde ein Nachtragshaushalt vorbereitet. Zum einen um die schon jetzt absehbaren Kosten für die Verlängerung des Betriebes der Gemeinschaftsunterkunft zur Verfügung zu stellen, zum anderen müssten die Ansätze für den Klimaschutzfonds, wie bereits im Hauptausschuss angekündigt, überarbeitet werden.
- **Transformation der Verwaltung**
Transformation sei das neue Normal. Das Thema sei in einigen Fraktionen bereits besprochen worden. Es stehe das Angebot, hierzu in allen Fraktionen zu berichten.

zu 9 Einrichtung von Beratungsstellen

zu 9.1 Antrag der AfD Fraktion - Einrichtung einer Beratungsstelle für Impffolgeschäden

VO/2024/098

Der stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende Kevin Dorow erläutert den vorliegenden Fraktionsantrag.

Landrat Dr. Schwemer weist auf das etablierte Verfahren bei Verdacht auf Impfschädigungen hin, in dieses Verfahren sei der Kreis durch das Gesundheitsamt bereits involviert. Daher brauche es einen Beschluss hierzu nicht.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90 / Die Grünen, Frau Dr. von Milczewski, weist darauf hin, dass der Gesetzgeber auf Bundesebene seit dem 1. Januar dieses Jahres ein neues unterstützendes Verfahren im SGB XIV eingeführt hat, das Betroffenen von Impfschäden über Fallmanagement helfen soll. Genauere Angaben und Erklärvideos gibt es auf der Seite der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) e.V.. Der AfD-Antrag sei abzulehnen, entsprechende Verfahren gebe es schon.

Der WGK-Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Höpken, hält es für die Pflicht des Kreises, weil der Kreis auch Impfstraßen unterhalten habe, nun auch für Anlaufstellen oder Ansprechpartner zu sorgen, die den potentiell Impfgeschädigten zur Verfügung stünden.

Abg. Holger Thiesen (WGK-Fraktion) fragt, ob die Impfähzte für die Impfschäden aufkommen müssen. Ihm sei heute von der Pressestelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern gesagt worden, dass das Land M-V Schadenersatzansprüche gegen Impfähzte geltend mache. Wie das Verfahren in Schleswig-Holstein sei.

Landrat Dr. Schwemer erläutert das Impfschäden geltend gemacht werden müssen. Dazu gebe es 3 Ebenen, zum einen die Herstellerhaftung, zum Zweiten die ärztliche Haftung und zum Dritten staatliche Entschädigungen. Nach dem Infektionsschutzgesetz könne ein Geschädigter einen Antrag auf Entschädigung beim zuständigen Versorgungsamt stellen. Wenn die Voraussetzungen für eine solche Entschädigung vorliegen, werde diese unabhängig von der Herstellerhaftung oder der ärztlichen Haftung gewährt. Der Landrat vermutet, dass es sich in Mecklenburg-Vorpommern ähnlich verhält.

Abg. Thiesen fragt nach, ob sich dann das Land die Entschädigung von den Impfähzten wiederhole.

Hierzu antwortet Prof. Dr. Ott, dass der Arzt nur dann haftbar gemacht werden könne, wenn er nicht richtig aufgeklärt habe, eine Unterschrift fehle oder bei der Verabreichung der Impfung ein Fehler passiert sei oder die Indikation falsch gestellt worden sei. Hierauf könne sich eine Arzthaftung beziehen. Die Entschädigung über das Versorgungsamt sei ein davon gänzlich unabhängiger Zweig.

Prof. Dr. Ott und Holger Thiesen werden diesen Sachverhalt in einem bilateralen Gespräch klären.

Die FDP-Fraktionsvorsitzende, Tina Schuster, stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Debatte, diese habe nicht mehr den eigentlichen Antrag zum Inhalt.

Die Kreispräsidentin ermöglicht den Fraktionen, die bisher zum Fraktionsantrag keine Stellung genommen haben, dieses jetzt zu tun.

Mit 43 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen wird dem Antrag stattgegeben.

Der WGK-Fraktionsvorsitzende, Dr. Andreas Höpken, beantragt für seine Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Die namentliche Abstimmung findet statt, wenn sie vor der Eröffnung der Abstimmung von 1/5 der anwesenden Kreistagsabgeordneten verlangt wird.

Mit 7 Ja-Stimmen und 43 Nein-Stimmen wird der Antrag auf namentliche Abstimmung abgelehnt.

Der WGK-Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Höpken, gibt zu Protokoll, dass seine Fraktion für den Antrag stimmen wird.

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen, daß die Verwaltung eine Beratungsstelle einrichtet, an die sich Bürger bei Verdacht von Impfnebenwirkungen und Impffolgeschäden wenden können. Der notwendige Personalbedarf für diese Beratungsstelle ist innerhalb der bestehenden Strukturen in der Verwaltung sicherzustellen. Das Beratungsangebot ist fortwährend zu evaluieren. Im Sozial- und Gesundheitsausschuss ist über den aktuellen Stand dieser Beratungsleistung halbjährlich zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	43	0

zu 10 Schaffung von Arbeitsgelegenheiten

zu 10.1 Antrag der AfD Fraktion - Schaffung von Arbeitsgelegenheiten

VO/2024/099

Der stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende, Kevin Dorow, erläutert den vorliegenden Fraktionsantrag.

Landrat Dr. Schwemer erläutert: Bei der dezentralen Unterbringung in den Kommunen, die in Schleswig-Holstein üblich sei, können Arbeitsgelegenheiten nur gemeinsam mit den Kommunen entwickelt werden. Die Kreisverwaltung sei bereits in Gesprächen mit Vertretern der Kommunen, um auszuloten, ob entsprechende Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden können.

Über den Fortgang der Gespräche werde zu gegebener Zeit berichtet.

Aus Sicht der Verwaltung werde an dem Thema gearbeitet, unabhängig von einem Beschluss des Kreistags.

Beschluss:

Der Kreistag möge beschließen, daß der Landrat des Kreises Rendsburg-Eckernförde um Umsetzung der folgenden Punkte gebeten wird:

1. Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Absatz 1 Asylbewerberleistungsgesetz für Leistungsberechtigte sind zu schaffen.
2. Ein Konzept für Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber insbesondere in Kooperation mit dem Jobcenter sowie den Städten und Gemeinden ist zu erarbeiten.
3. Etwaige finanzielle Mittel für die Koordination der Arbeitsgelegenheiten sind aus dem bereits vorhandenen Budget des Kreishaushalts zu entnehmen. Sollten unvermeidbare Mehrkosten entstehen, so ist zu prüfen, welche Refinanzierungsmöglichkeiten durch Bund und Land bestehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
4	41	3

zu 11 Neufassung der Hauptsatzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde

VO/2024/004-01

Beschluss:

Der Kreistag beschließt auf Grundlage der Verwaltungsvorlage VO/2024/004, abgeändert durch den Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen VO/2024/019-01 die Anhebung der Wertgrenzen in § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und § 8 Abs. 3 Satz Nr. 9 von 50.000 € auf 100.000 € und darüber hinaus die Streichung der beabsichtigten Einfügung der Absätze 8 – 10 in § 12, die Neufassung der Hauptsatzung des Kreises Rendsburg-Eckernförde. Datumsangaben und Ministeriumsbezeichnung werden reaktionell angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
48	0	0

zu 12 Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheitswesen 2024

VO/2024/067

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Satzung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheitswesen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
46	3	0

zu 13 Neufassung der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Qualitätsentwicklung an Familienzentren innerhalb des Kreisgebietes

VO/2024/018

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Neufassung der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Qualitätsentwicklung an Familienzentren innerhalb des Kreisgebietes zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
47	0	0

zu 14 Neufassung der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung der Durchführung von Jugendforen und Zukunftswerkstätten durch Gemeinden und Städte im Kreisgebiet

VO/2024/032-01

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Neufassung der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung der Durchführung von Jugendforen und Zukunftswerkstätten durch Gemeinden und Städte im Kreisgebiet gemäß den Darstellungen in der beigegeführten Synopse zu und beauftragt die Verwaltung, die erforderlichen Schritte zur Umsetzung dieser Neufassung einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
49	0	0

zu 15 Kindertagesstättenbedarfsplan des Kreises Rendsburg-Eckernförde

VO/2024/025

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Änderungen zum Kindertagesstättenbedarfsplan des Kreises mit Stand zum 01.02.2024.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
49	0	0

zu 16 Förderrichtlinie zum Programm „Integriertes Konzept Schulsozialarbeit“ im Kreis Rendsburg- Eckernförde im Jahr 2024

VO/2024/036

Beschluss:

Der Kreistag stimmt der Richtlinie des Kreises Rendsburg- Eckernförde zur Förderung der „Konzepterstellung integrierte Schulsozialarbeit“ zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

49	0	0
----	---	---

zu 17 Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus in 2024

VO/2024/065-01

Der WGK-Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Andreas Höpken stellt klar, dass seine Fraktion sich enthalten wird. Seine Fraktion habe sich intensiv mit den Formulierungen auseinandergesetzt, diese hätten aber keinen Eingang in die Richtlinie gefunden.

Abg. Kevin Dorow (AfD) drückt seine Freude aus, dass das Problem des importierten Antisemitismus nun auch erkannt werde. Er schließe das aus der Formulierung in der Richtlinie, die fordere, dass ein „interreligiöser und interkultureller Dialog“ Voraussetzung sei. Allerdings gebe es auch weitere importierte Probleme wie Christenhass und Deutschenhass. Auch Schülerinnen und Schüler würden auch ausgegrenzt werden, weil sie deutscher Abstammung seien, obwohl dies die autochthone Bevölkerung sei. Er verstehe nicht, warum sich die Richtlinie allein auf den Antisemitismus reduziere. Wenn man wirklich das Problem lösen wolle, dann ließe sich diese Lösung in einem einzigen Wort beschreiben und zwar Remigration.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, der Richtlinie des Kreises Rendsburg-Eckernförde zur Förderung von Projekten gegen Antisemitismus im Kreisgebiet zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
42	4	3

zu 18 Förderung von Digitalen Fahrgastinformations-Anzeigern (DFI): Förderrichtlinie

VO/2024/069

Der Abg. Thorben Ackermann erläutert, dass er es als Ungleichbehandlung empfinde, dass 4 Gemeinden in den Genuss kommen, dass alle Kosten für die DFI-Anzeiger in ihrem Bereich vom Kreis übernommen werden, bei allen weiteren sei das dann nicht mehr der Fall.

Landrat Dr. Schwemer und Madlin Loof erläutern, dass diese 4 Anzeiger im Rahmen des Pilotprojektes aufgestellt worden seien und man im Rahmen des Pilotprojektes zu der Erkenntnis gekommen sei, dass die Übernahme der Betriebskosten und personellen Ressourcen für alle DFI-Anzeiger den Rahmen der Kreismöglichkeiten sprengen würden.

Es soll eine weitere Beratung hierzu im Fachausschuss erfolgen.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Förderrichtlinie in den Regionalentwicklungsausschuss zurückzuüberweisen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
47	0	2

zu Beschluss über Nichtöffentlichkeit**Beschluss:**

Die weiteren Tagesordnungspunkte werden nichtöffentlich beraten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
43	4	2

Sabine Mues
Vorsitz

Christiane Ostermeyer
Protokollführung